

# Danziger Zeitung.

№ 10 036.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Rethersdagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 450 A., durch die Post bezogen 5 A. — Inserate kosten für die Zeitspalt oder deren Raum 20 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

San Remo, 8. Nov. Die Herzogin von Aosta, Gemahlin des Prinzen Amadeus, geboren 9. Aug. 1847, ist heute Morgen gestorben.

London, 8. Novbr. Wie „Reuter's Bureau“ aus New-York weiter meldet, haben die Demokraten auch in Alabama, Arkansas, Delaware, Georgia, Kentucky, Louisiana, Maryland, Missouri, New-Jersey, Oregon, Tennessee, Texas, Virginien und Westvirginien die Majorität erhalten, während die Republikaner in Colorado, Illinois, Iowa, Kansas, Maine, Massachusetts, Michigan, Minnesota, Nebraska, Nevada, New-Hampshire, Ohio, Pennsylvania, Rhode-Island, Süd-Karolina und Vermont die Majorität erlangten.

## Reichstag.

7. Sitzung vom 8. November.

Die Commission für den Gesetzentwurf wegen Unter- suchung von Staatsfällen hat sich wie folgt constituirt: Rapp (Vorsitzender), Meyer (Stellvertreter), Freiherr v. Soden und Dohrn (Schriftführer).

Ohne Debatte erledigt das Haus die erste Beratung der allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt für das Jahr 1876.

Anttrag des Abg. Most, betreffend die Aufhebung des Strafverfahrens a. gegen den Abg. Haselmann wegen Liebertretung des Preßgesetzes, b. gegen den Abg. Geib wegen angeblicher Liebertretung der §§ 5 und 26 des Regulativs vom Jahre 1873, c. gegen den Abg. Bahlreich wegen angeblicher Beleidigung des Bezirksgerichts zu Chemnitz. — Der Antragsteller befürwortet den Antrag und nimmt dabei Veranlassung, darüber zu klagen, daß durch die Thätigkeit der richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Behörden der socialdemokratischen Partei das Vereins- und Versammlungsrecht in der empfindlichsten Weise verkleinert werde. — Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte wird sodann in dritter Lesung die Verordnung vom 28. April 1876 wegen Abänderung des Gesetzes vom 24. Januar 1873, betreffend die Bezirks-Verwaltungen, Kreisvertretungen und Wahlen zu den Gemeinderäthen, definitiv vom Hause genehmigt.

Es folgt die Fortsetzung der Etatsberatung. Zu Tit. 2 des Etats der Reichsschuld bemerkt Abg. Bamberger: Es wäre bei diesem Titel wohl geboten, die wichtige Aufgabe der Durchführung unserer Münzreform heute zur Sprache zu bringen. Ich verweise aber am Tage des Bundesrates diejenigen Herren, welche speciell mit der Sache befaßt sind. Wir haben 1873 die Münzreform beschlossen und in die Periode von 1874 bis 1876 sollte ihre Durchführung fallen. Es wird daher vor Allem notwendig sein, daß uns in der Reichsstaatslegung Aufklärung darüber gegeben wird, was geschehen ist, um uns dem Ziele des Abschlusses der Münzreform endlich entgegenzuführen. Ich kann schon heute ankündigen, daß ich nicht einverstanden bin mit demjenigen Eifer, welcher bei der Einziehung und Verwerfung des Silbers angewendet worden ist. Ich kann mich ferner nicht damit einverstanden erklären, daß das Reich, nachdem es bereits 70 Millionen A. in silbernen Zink-Markstücken auszugeben, noch fortfährt, diese Münze auszugeben. Es schied sich für den Weg der Solidität, den wir mit der Münzreform im deutschen Reich betreten wollten, nicht, daß wir noch eine größere Zahl dieser Münzstücke auszugeben, die heute in Folge der Entwerthung des Silbers nur 3/4 A. werth sind. (Hört!) Ich möchte ferner zur gelegenen Zeit Antwort auf die Frage haben, warum mit der Ausprägung des goldenen Zink-Markstücks, dessen Prägung hier im Hause mit großer Majorität beschlossen wurde, noch nicht der geringste Anfang gemacht ist, während man uns mit Klagen, daß es nicht genug Scheidemünze gäbe, von allen Seiten belästigt. Ich werde endlich bitten, daß man die Prägung von Nickel- und Kupfermünzen vorerst sistire, weil nach meiner Beobachtung und Erfahrung für das nächste Bedürfnis mehr als reichlich gefordert ist. Ich begnüge mich für heute mit diesen Andeutungen und bitte, das Eingehen auf diese Sache auf eine spätere Verhandlung zu verlagern, in der wir sowohl die Bundesregierungen gerüthet werden, als auch das Material vollständig übersehen können. (Sehr gut!)

Zum Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung, Kap. 3. Titel 1 (Porto), bemerkt Abg. Reichensperger (Greifeld), daß es sich empfehle, die nicht ausreichend frankirten Postkarten an ihren Bestimmungsort gelangen zu lassen und dem Adressat als unfrankirten Brief zu präsentiren. Irrationell ist es, die nicht hinreichend frankirten Kreuzbandsendungen als Briefe zu behandeln und mit dem unverhältnismäßig hohen doppelten Briefporto zu belasten. Es würde vielmehr hinreichend sein, das doppelte Kreuzbandporto als Strafe zu erheben. Eine große Unklarheit herrscht aber über die Verpackung der Pakete, besonders nach dem Auslande. Die Publication einer derartigen Instruction darüber wäre sehr zu wünschen. — Generalpostmeister Stephan: Die Bestimmung nicht genügend frankirter Postkarten ist im Inlande bereits im Sinne des Vorredners geregelt. Es wäre sehr günstig, diese Angelegenheit, sowie die der Kreuzbandsendungen auch für das Ausland zu regeln, allein dazu gehört eine Majorität der Postverwaltungen des allgemeinen Postverbandes, und die ist nicht so leicht zu gewinnen. Jedenfalls aber wird Deutschland durch seine Vertreter in diesem Sinne wirken. Die Verpackung der Pakete nach dem Auslande ist ein schwieriges Thema, denn es haben dabei im Auslande nicht bloß die Post- und Eisenbahnverwaltung, sondern auch die Zollverwaltung und in Frankreich das Stempelamt mitzuwirken. Es wird aber dahin gewirkt werden, daß das Ausland möglichst gleiche Bestimmungen in dieser Beziehung annimmt. — Abg. Febr. zur Rabenau befragt die schlechte Behandlung der Pakete auf den Eisenbahnen, die es nicht ratsam mache, zerbrechliche Sachen mit der Post zu versenden. — Generalpostmeister Stephan: Der vom Vorredner gerüthete Uebelstand kann sehr leicht eintreten, wenn die Pakete des Eisenbahnzuges nur sehr kurz bemessen ist; man müßte also entweder die Schnellzüge zu Postsendungen nicht benutzen, und das entspräche doch jedenfalls nicht den Interessen des Publikums; oder man muß die Sendungen sorgfältig verpacken.

Zu Titel 2 „Gebühren für den Depeschen-Verkehr“ beantragt Abg. Schröder (Friedberg) den Reichsanwalt zu ersuchen, daß für Telegramme die bisher erste Zone wiederhergestellt und die Gebühr für die erste Zone, unter Beibehaltung der Expeditionsgebühr, auf drei Pfennig für das Wort herabgesetzt werde. — Der Antragsteller motivirt seinen Antrag, indem er darauf hinweist, daß die Telegraphie nicht dem fiskalischen, sondern dem Interesse des Publikums dienen soll.

Abg. Grumbrecht: Durch die einheitliche Worttarife ist das Deficit der Telegraphenverwaltung bedeutend herabgemindert worden. Man hat deshalb keinen Grund, jetzt wiederum eine Aenderung einzuführen. — Abg. v. Behr-Schulzow: Die Worttarife stammten eigentlich von der transatlantischen Kabelgesellschaft her. Diese hat die Worttarife notwendig für Deutschland aber bedeutet dies eine Besteuerung der ersten Zone von 100 Pf. zu Gunsten der dritten. Bayern und Württemberg haben ihre 3-Pfennig-Tarife beibehalten und trotzdem steht sich das erste Land dabei nicht schlechter als das Reich, das letztere hat einen Ueberschuß von 50 000 A.

Abg. Schmidt (Stettin): Der seit dem 1. März d. J. eingeführte Worttarif für telegraphische Depeschen hat die Einnahmen gesteigert und nach Vereinigung der Post- und Telegraphen-Verwaltung sind etwa 4 Millionen A. zur Deckung des Deficits der Verwaltung zugeflossen. Die Einnahmen würden noch höher steigen, wenn die Gebührenfreiheit für amtliche Depeschen aufgehoben, wie solche bereits für die Briefsendungen aufgehoben worden ist. Schon früher ist diese Reform vom Reichstage empfohlen worden, ohne daß jedoch jener Anregung bisher Folge gegeben wäre. Auch der Vorschlag, den Zeitungen wie in England während der Abend- und Nachtstunden für ihre Depeschen durch Gebührenermäßigung Erleichterungen zu gewähren, ist bisher unerledigt geblieben. Für den Depeschenverkehr zwischen Deutschland und Großbritannien sind Erleichterungen dringend gefordert. Eine einfache Depesche von London nach Frankreich kostet 4 Fr., von Berlin nach London 7, die beste London aber, nach Dover, 8 und nach Glasgow ebenfalls 8. Wird dagegen von Berlin eine Depesche erst nach Brüssel und von dort nach London geschickt, so beträgt die Gebühr nur 5 1/2 Fr. Eine allgemeine Taxermäßigung für den englisch-deutschen Verkehr, welcher durch Belgien, Holland, Vortum und Norden durch zwei submarine Kabel geleitet wird, scheint dringend geboten. — Generalpostmeister Stephan: Mit der Gebührenfreiheit der Telegramme ist allerdings von jeder Mißbrauch getrieben worden, es ist dies jedoch weniger im finanziellen Interesse zu bedauern, als in dem des schnellen Verkehrs. Es wird jetzt eine Beratung stattfinden, auf welche Weise dem Uebel zu steuern sein würde. Was die Erleichterung für die Presse anbelangt, so haben nur zwei Zeitungen von der Bewilligung der Telegraphenlinien für die Nacht Gebrauch gemacht, einige andere wünschen die Erleichterung ebenfalls zu benutzen, und zwar für die Zeit von 5-7 Uhr Abends; dieser Forderung konnte aber bei dem großen Verkehr zu dieser Tageszeit nicht stattgegeben werden. Wenn der Abg. Schmidt (Stettin) auf die schlechte Verbindung mit England aufmerksam macht, so ist der jetzige Zustand allerdings ein auf die Dauer untragbarer. Es sind deshalb energische Schritte bei der englischen Regierung zu thun, und diese hat auch die Zustimmung einer Ermäßigung gegeben. Schwierigkeiten liegen von Seiten der submarinen Telegraphen-Gesellschaften vor; sollten dieselben nicht rechtzeitig und noch vor der Londoner Telegraphen-Conferenz beseitigt werden können, so wird mit völliger Umgehung dieser Gesellschaften ein unterseesches Kabel auf Kosten beider Regierungen gelegt werden, welches ungefähr dieselbe Stellung einnehmen würde, wie das schwedische. Was den vorliegenden Antrag betrifft, so stelle ich dem gegenüber, daß wir in der letzten Zeit häufig telegraphische Depeschen von 3-5 Worten gehabt haben. Mit der Tagänderung hat sich der Durchschnittsatz der Worte von 18 auf 14 herabgemindert, d. h. es ist eine Ersparung von 40 Millionen Worten oder 13 000 Tausend Arbeitskraft eingetreten. Ich kann deshalb diesen Antrag nur als einen Rückschritt bezeichnen. In den letzten Jahren hatten wir ein Deficit von 4 Millionen, und ähnlich ging es Belgien und der Schweiz, welche beide den halbranten Tarif, also einen im Verhältnis höheren als wir haben, und daraus geht hervor, daß man unter einem gewissen Minimaltarif nicht herunter gehen darf. Wenn der Abg. v. Behr hervorhebt, daß Württemberg einen Ueberschuß habe, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß dasselbe in der Weise wie der Abg. v. Behr meint, die Tarife nicht beibehalten hat. Ueberall in Europa ist mit Ausnahme von Rußland und Frankreich eine einheitliche Tarife eingeführt, und wenn der französische Finanzminister nach dem „Journal des Debats“ jetzt dasselbe System wie Deutschland einführen will, so ist das wohl ein hinreichender Beweis für die Brauchbarkeit desselben. Wenn man besonders die Theuerung der Telegramme für geringere Strecken hervorhebt, so muß man berücksichtigen, daß dieselben im Verhältnis mehr Arbeit erfordern wie die für weite Strecken. Statt durch den vorliegenden Antrag sollten Sie lieber darauf die Billigkeit dieser Telegramme erstreben, daß Sie sich für Vermehrung der Zahl der Stationen ausprechen. Es sind nach meiner Meinung noch gegen 2000 nötig. 550 haben wir in diesem Jahre gebaut und wir gehen noch fortwährend in dieser Beziehung vor. Der vorliegende Antrag ist nur die Ansehung einer Steuer für das ganze Land zu Gunsten einer beschränkten Zone. Sollte sich die günstige Zeit für eine Ermäßigung herausstellen, wie es nach dem ich jetzt wieder überhandnehmenden Postverkehr, dem Barometer des Verkehrs überhaupt, den Anschein hat, so werde ich keinen Augenblick Anstand nehmen, eine Ermäßigung zu befürworten, jedoch nicht für eine einzelne Zone, sondern für das ganze deutsche Gebiet. (Beifall.) — Abg. Günther befragt das neue System des Worttarifs, weil es ein ungerechtes sei, indem es das Kleingewerbe, das Privatpublikum, den Beamtenstand und die Landwirtschaft schädige, während es dem Großhandel und der Börse Vorteile gewähre. — Abg. Richter (Hagen): Das neue System ist nicht consequent durchgeführt worden; denn Telegramme von zwei Worten sind verboten. Es ist mir mitgeteilt worden, daß ein Telegramm: „Wölfe! Merseburg“ von dem expedirenden Beamten nicht angenommen worden ist, weil es nur eine Adresse enthalte, also eigentlich

kein Telegramm sei. Darauf wurde das Telegramm: „Wölfe! Merseburg. Wölfe!“ aufgegeben (Heiterkeit), also mit dem Wort Wölfe als Inhalt; und dieses Telegramm wurde angenommen. Die Vertheuerung der Telegramme im nachbarlichen Verkehr hat eine erhebliche Abnahme des Depeschenverkehrs zur Folge gehabt. Das neue System enthält also für die finanziellen Ergebnisse auf die Dauer eine viel größere Benachteiligung, als das alte. Die Vermehrung der Drähte hat ihre Grenze; bei einer gewissen Anzahl der Drähte muß die Leitung unterbrochen gemacht werden, die bekanntlich sehr theuer ist. Der Depeschen-Verkehr muß aber billiger werden, damit sich das Publikum gewöhne, auch im kleinen Verkehr die Telegraphie zu benutzen. Bei dem Worttarif handelt es sich geradezu um ein Privilegium der Börse.

Generalpostmeister Stephan: Gerade aus Vorkreisen sind lebhafteste Angriffe gegen den neuen Tarif gerichtet worden. Es handelt sich bei dem Worttarif um kein Privilegium der Börse; es trägt vielmehr jetzt jedes Telegramm seine Kosten selbst, während bei dem alten System der Staat Zuschüsse leisten mußte. Eine Abnahme des Depeschenverkehrs hat allerdings stattgefunden; dieselbe ist aber die Folge des Darniederliegens der Geschäfte. Die gleiche Abnahme hat auch im internationalen Verkehr stattgefunden, ohne daß in diesem eine Tarifveränderung eingetreten ist. Beim Telegraphen kommt es überhaupt auf den Tarif sehr wenig an. (Widerpruch.) Gehe ich die neue Maßregel traf, habe ich gegen 30 000 Telegramme durchgesehen und mich überzeugt, daß der Verkehr die kleine Erhöhung tragen kann, welche der neue Tarif mit sich bringt. Unter ein gewisses Minimum kann der Tarif nicht heruntergesetzt werden, ohne daß sich ein Deficit bei der Telegraphenverwaltung ergibt. Das Telegramm von 2 Worten von den Beamten nicht zugelassen worden sind, war mir bisher unbekannt. Ich kann es mir aber erklären, daß der betreffende Beamte das Telegramm zurückgewiesen hat, indem er sagte: das ist ja nur die Adresse. Ich halte auch Telegramme von zwei Worten für zulässig und glaube in dieser Beziehung den Wünschen des Vorredners gegenüber eine Concession machen zu können. — Der Antrag Schröder wird, wie die Zählung ergibt, mit 114 gegen 91 Stimmen angenommen.

Zu Tit. 1 der Ausgaben (Gehalt des Generalpostmeisters 6000 A.) ergreift das Wort. Abg. Febr. v. Schorlemer-Mst: Er verliest die bekannte Verfügung der Oberpostdirectionen in Bromberg und Posen vom 16. September d. J., in welchen die untergebenen Postanstalten angewiesen werden, alle Briefe, deren Adressen in der Handschrift mit einem beigegezeichneten Facsimile des Cardinals Ledochowski übereinstimmen, an die Staatsanwaltschaft abzuliefern und der Oberpostdirection davon Kenntniß zu geben. — Generalpostmeister Stephan: Es ist richtig, daß die Oberpostdirectionen die verlesene Verfügung erlassen haben, sowie auf Requisition der Oberstaatsanwaltschaft die Facsimiles verfaßt haben. Dazu waren sie verpflichtet und berechtigt nach Art. 33 der Verfassungsurkunde und nach § 5 des Reichspostgesetzes. — Abg. v. Schorlemer-Mst: Es wäre sehr wünschenswert, daß wir vom Generalpostmeister den Wortlaut der staatsanwaltschaftlichen Requisition erfahren könnten. In den vom Generalpostmeister angeführten Stellen der Verfassung und des Reichspostgesetzes wird das Briefgeheimnis gewährleistet und nur zufällig gesagt, unter welchen Bedingungen für einen bestimmten Fall die Beschlagnahme zulässig ist. Die vorliegende Requisition bezieht sich aber nicht auf einen bestimmten Fall, einen bestimmten Brief, sondern sie ist generell und die eingeführte Methode der Facsimiles gefährdet außerordentlich das Briefgeheimnis überhaupt. Wenn Jemand zufällig das Unglück hat, eine ähnliche Handschrift wie der Cardinal Ledochowski zu haben, so läuft er Gefahr, daß seine Correspondenz von über- eifrigen Postbeamten der Staatsanwaltschaft über- liefert wird. Unter solchen Umständen ist die Frage wohl berechtigt, ist das Briefgeheimnis noch gewähr- leistet und ist das Wort des Generalpostmeisters, das Briefgeheimnis in den Händen der Postbeamten sei ebenso sicher wie die Hostie auf dem Altar nicht nur eine leere Phrase? Neben dieser flagranten Verletzung des Briefgeheimnisses kann ich nur am parlamentarisch zu reden, die Schamkeit der Behörden bewundern, als ob man diesen Requisitionen gegenüber nicht zu dem einfachen Mittel greifen könnte, sich die Adressen durch einen Anderen schreiben zu lassen. — Generalpostmeister Stephan: Weder der Generalpostmeister noch das Generalpostamt ist direct mit dieser Angelegenheit befaßt worden. Die betreffenden Oberpostdirectionen haben die in Rede stehende Verfügung kraft ihrer Amtsbefugnis selbstständig nach Rücksprache mit ihren Subalternen erlassen. Allerdings ist das Briefgeheimnis in den von mir vorhin angeführten Stellen gewährleistet, aber der Zusatz folgt: „Ausnahmen bestimmt das Gesetz“ und an solchen Gesetzen haben wir in Preußen keinen Mangel. (Heiterkeit.) Trotzdem aber nehme ich von dem, was ich über Briefgeheimnis und Postamt gesagt habe, kein Jota zurück. — Abg. Windthorst (Meppen): Es kommt alles darauf an, daß wir genau wissen, in welchem Umfange die betreffenden Staatsanwälte requirirt und ob sie dabei den Erfordernissen des Gesetzes genügt haben. Daß eine solche Prüfung von der Postbehörde vorgenommen werden mußte, hat der Generalpostmeister dadurch anerkannt, daß er die erfolgte Zustellung eines Justizrats bei der Angelegenheit mitgeteilt hat. Es ist doch sehr zweifelhaft, ob die Postbehörden befragt sind, so allgemeinen Requisitionen der Staatsanwälte Folge zu geben, wenn gleich in den bestimmten Fällen und bei bestimmten Briefen keinem Zweifel unterliegt. Eine Requisition nach Facsimiles geht aber über das Denkbare hinaus und das ist einer jener Fälle, wo die Criminalgesetze zu politischen Zwecken in Preußen mißbraucht werden. Als mir und befreundeten Personen lädierte Briefe zu Händen kamen, wurde mir auf Befragen von Postbeamten in zuvorkommender Weise eine Untersuchung der Ursachen der Briefverletzungen zugesichert, dabei aber gleichzeitig darauf hingewiesen, es sei bei dem ungeheuren Geschäftsbetrieb gar nicht möglich, die Correspondenz Einzelner zu überwachen; ich sehe aber jetzt, daß unsere politischen Einrichtungen das wohl lassen und ich mache darauf Jeden aufmerksam. Die Geschichte der geheimen Cabinets- ich spreche nicht von den jetzigen — lehrt, daß die Organe der geheimen Polizei mit Umgehung der vor-

gelesenen Behörden und des Generalpostmeisters mit den niederen Beamten zur Ueberwachung der Correspondenz in Verbindung treten. Das lehrt die Geschichte der geheimen Cabinets und ich mache darauf den Generalpostmeister aufmerksam. — Generalpostmeister Stephan: Dem Wunsche der Verlesung der Requisition der Staatsanwaltschaft würde ich mit Vergnügen nachkommen, wenn ich sie in Händen hätte. Sie befindet sich aber bei den Acten der Oberpostdirectionen in Posen und Bromberg. Ich nehme an, daß sie denselben Wortlaut haben wird wie das vom Abgeordneten v. Schorlemer verlesene Schriftstück. Wenn nun die Requisition seitens der Staatsanwälte erlassen ist und die Gesetze, auf Grund deren sie erlassen ist, hier verurtheilt werden, so ist der allein richtige Weg, um hier Abhilfe zu schaffen, der, daß das Haus bei der demnächst zu erwartenden Beratung der Civilprozeßordnung Beschlüsse faßt, welche eine solche Requisition unmöglich machen; die Behauptung, daß die pro- cessualischen Institutionen in Preußen zu politischen Zwecken gemißbraucht werden, muß ich entschieden als unrichtig zurückweisen. Ist das aber geschehen, so würde doch die Sache nicht bieber, sondern vor den preussischen Landtag gehören. (Abg. Windthorst: Wird auch kommen.) Ebenso ist auch das schwarze Gelpenst einer Comorra zwischen der Polizei und den unteren Postbeamten, das der Abg. Windthorst heraufbeschwor, ohne jeden tatsächlichen Gehalt in der Wirklichkeit. (Widerpruch im Centrum.) Können solche Fälle vor so werden bei der großen Empfindlichkeit des Publikums gegen jede Störung des Briefverkehrs, die Requisitionen sich in solcher Weise häufen, daß die betreffenden Beamten sofort zur Untersuchung gezogen, und im Falle sich ihre Schuld herausstellt, unmacchielt aus dem Dienste entfernt werden würden. — Abg. v. Schorlemer: Sollte wirklich die betreffende Requisition denselben Wortlaut haben wie die hier verlesene Requisition, dann wäre es in der That mit der Wahrung des Briefgeheimnisses bei uns zu Ende. Denn dann brauchte bloß irgend welche Staatsanwaltschaft an eine Postbehörde zu schreiben: ihr habt mir alle Briefe mit dieser als Facsimile eingedruckten Handschrift auszuliefern; und die Post würde ebenso gehorchen, wie sie in diesem Falle Folge geleistet hat, alle Briefe auszuliefern. — Abg. Schröder (Lippstadt): Wenn es sich, wie ich annehmen muß, nur darum gehandelt hat, für die Staatsanwaltschaft Material zu einer neuen Untersuchung gegen den Cardinal Ledochowski zu beschaffen, um sich auf dem Gebiete des Staatsinteresses so hoch notwendigen Culturkampfes auszuzeichnen, dann war der Uebelstand und die Postbehörde hat leichtfertig gehandelt, wenn sie demselben so willig Folge leistete. Die Postverwaltung sollte als Wächterin mit gezeugtem Schwert vor der Wahrung des Briefgeheimnisses stehen, nicht aber ohne die sorgfältigste Prüfung einer Requisition der Staatsanwaltschaft Folge leisten, die sich, wie nach allen Anzeichen anzunehmen, lediglich darstellt als hervorgegangen aus dem persönlichen Streben eines Beamten. — Abg. Lasker: Von allen Parteien wird das Briefgeheimnis mit gleichem Interesse vertheidigt, und mit Ausnahme des letzten Redners haben alle Redner den Gegenstand sachlich behandelt. Trotzdem halte ich eine Interpellation für die einzig zweckmäßige Form, in der dieser Gegenstand behandelt werden kann. Eine Debatte lediglich bei einer Etatsposition führt nicht zum Ziel. Was nach dem Facsimile eines Briefumfchlages auf alle Briefe eines bestimmten Abenders fahndet zu lassen, halte ich nicht für zulässig, weil eine solche Maßregel leicht eine weitergehende Verletzung des Briefgeheimnisses zur Folge haben könnte. Bei einer Interpellation können alle dabei betheiligten Vertreter der Regierung hier erscheinen und uns volle Auskunft geben; jedenfalls ist der Generalpostmeister nicht in der Lage, die Verfügungen preussischer Staatsanwälte und der preussischen Justisverwaltung hier zu vertreten. — Abg. Windthorst (Meppen): Bei der dritten Lesung des Etats werden wir die Angelegenheit wieder zur Sprache bringen und hoffentlich wird die Regierung dann genau unterrichtet sein; wir werden dann hoffentlich auch die Requisition der Staatsanwaltschaft zu hören bekommen. Dem Abg. Lasker muß ich noch ausdrücklich danken, daß er das Recht Aller, auch wenn es sich um Verletzung politischer Gegner handelt, so kräftig zu wahren bemüht ist. — Generalpostmeister Stephan: Ich nehme ganz unbedingt an, daß in der Requisition des Staatsanwalts ausdrücklich ausgesprochen ist, daß eine strafgerichtliche Untersuchung schwebt, denn das ist die gewöhnliche Formel. Ich war heute nicht auf diese Frage vorbereitet, sondern glaubte derselben in Form einer Interpellation entgegengehen zu sollen. Der Abg. Schröder hat den Oberpostdirectionen in Bromberg und Posen leichtfertig vorgeworfen. Einen solchen Vorwurf würde ich mir den Behörden gegenüber, wo ich in meiner Stellung vielleicht Anlaß dazu hätte, nicht erlauben; denn eine leichtfertige Behörde ist eben nicht mehr an ihrem Plaze. Wenn er den Staatsanwälten den Vorwurf der Streberhaftigkeit gemacht hat, so muß ich das im Namen der Beamten entschieden zurückweisen. (Heiterkeit und Bewegung im Centrum.) — Abg. Miquel: Es handelt sich um die Frage, ob eine Verletzung der Oberpostdirection vorliegt; das kann man nur aus der Requisition der Staatsanwaltschaft erfahren. Bis zur dritten Lesung des Etats werden wir darüber Aufklärung erlangen können und es wird keiner Interpellation mehr bedürfen. Außerdem möchte ich bezeugen, daß, wenn die neue Strafprozeßordnung ins Leben tritt, eine solche generelle Maßregel gänzlich unmöglich sein wird. — Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Zum Titel 9 bittet Abg. Windthorst den Generalpostmeister, im nächsten Etat der Postunter- beamten zu denken, deren Lage eine der Abhilfe dringend bedürftige ist, wie dies ihre zahlreichen Petitionen beweisen. — Der Generalpostmeister Stephan spricht seine Bereitwilligkeit dazu aus. — Der Etat ist hiermit, mit Ausnahme der der Commission über- wiesenen Kapitel in zweiter Beratung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 15. November. — (Die zweite Beratung der Justizgesetze wird am Donnerstag, den 16. November, beginnen.)

Danzig, 9. November.

Die gestrige Sitzung des Reichstags brachte bei der Etatsberatung mehrere nicht unwichtige



Gegenstände zur Befprechung. Der Abg. Bamberger ergriff bei dem bezüglichen Kapitel des Etats die Gelegenheit, eine Darlegung dessen, was bisher auf dem Gebiete der Münzreform geschehen, zu fordern und einige concrete Wünsche auszupprechen. So ersuchte er namentlich, die Ausprägung silberner Fünfmarkstücke, die bei der großen Entwerthung des Silbers den Anforderungen der Solidität durchaus nicht genügen, einzustellen und endlich mit der verheißenen Ausprägung von goldenen Fünfmarkstücken zu beginnen. Auch die Ausprägung von Nickel- und Kupfermünzen will er sistirt wissen. — Während die Etats des Reichseisenbahnamts und des Reichsinvalidenfonds bemerkenswerther Weise ohne alle Debatte genehmigt wurden, gab der Etat der Post- und Telegraphenverwaltung Anlaß zu längeren und theilweise sehr lebhaften Erörterungen. Die Abgg. Heidenperger-Grefeld und v. Nordack zu Rabenau hatten allerlei kleine Wünsche, besonders in Bezug auf die Paketbeförderung, auf dem Herzen, denen der Generalpostmeister Stephan nach Möglichkeit gerecht zu werden suchte. Dann gelangte ein Antrag des Abg. Schröder-Friedberg zur Discussion, dahingehend: „Den Reichsfiskus zu ersuchen, daß für Telegramme die frühere erste Zone wiederhergestellt und die Gebühr für dieselbe unter Beibehaltung der Expeditionsgebühr auf 3 Pfennige pro Wort herabgesetzt werde.“ Außer dem Antragsteller plaidirten die Abgg. v. Behr-Schmoldorn, Günther, Richter-Hagen für, die Abgg. Grumbrecht und Schmidt-Stettin in Gemeinschaft mit dem Generalpostmeister gegen den Antrag. Das hervorstechendste Argument der Befürworter war die Behauptung, daß der neue Tarif im Wesentlichen nur dem Großhandel und dem Börseverkehr zum Vortheil gereiche, während der Kleinverkehr durch die Aufhebung der ersten Zone aufs Empfindlichste benachtheiligt sei. Dem gegenüber legten die Gegner des Antrags das größte Gewicht auf die Einheitlichkeit des Tarifs. Der Generalpostmeister selbst erklärte, daß er zur Herabsetzung dieses einheitlichen Tarifs mit Vergnügen die Hand bieten werde, sobald dies finanziell überhaupt eine Möglichkeit sei. Nichtsdestoweniger wurde der Antrag Schröder schließlich mit 114 gegen 91 Stimmen angenommen. Uebrigens stellte der Generalpostmeister im Laufe der Discussion eine Verordnung in Aussicht, durch welche die bestehenden Befreiungen von Telegraphengebühren, die eine erhebliche Belästigung des Dienstes zur Folge haben, beschränkt werden sollen. Fast der ganze Rest der Sitzung wurde alsdann durch eine sehr animirte Debatte über die bekannte Verfügung der Postverwaltung zu Posen und Bromberg wegen Beschlagnahme der Correspondenz des Grafen Ledochowski in Anspruch genommen. Die Abgg. v. Schorlemmer-Alst und Windthorst stellten diese Verfügung als gesetzwidrig, das Briefgeheimniß in Preußen als höchst gefährdet, die Postverwaltung als zu politischen Zwecken mißbraucht dar. Dagegen behauptete der Generalpostmeister auf der Gegenseite, daß in Rede stehenden Verfügung und nahm für die Post nach wie vor das Zeugniß gewissenhafter Respection des Briefgeheimnisses in Anspruch. Der Abg. Lasker meinte indeß, daß der vorliegende Fall allerdings der Aufklärung bedürfe; dies würde indes am besten durch eine besondere Interpellation zu erreichen sein. — Die übrigen Etats wurden ohne Debatte genehmigt und es ist damit der Etat für das I. Quartal 1877, soweit er nicht an die Budgetcommission verwiesen ist, in zweiter Berathung erledigt. Um der Arbeiten der Justizcommission willen, die man Dienstag beenden zu können hoffte, tritt nunmehr bis Mittwoch eine Pause in den Plenarsitzungen ein.

Der preussische Landtag wird zum 10. Januar k. J. berufen werden. Die Session soll — wie man uns schreibt — nur einen Monat dauern und in derselben lediglich der Staatshaushalt festgestellt werden.

Zur Frage der Eisenölle citirt die heutige „Proz.-Corr.“ aus dem von dem Finanzminister an den König erstatteten Bericht über die Finanzverwaltung Preußens in den Jahren 1873—1875 die betreffende Stelle, die zu folgendem Schlusse kommt: „Unleugbar befindet sich die Eisen- und Stahlindustrie in einer gedrückten Lage, eine Folge der stattgehabten Ueberproduction. Aber eine Besserung dieses Zustandes ist nicht von der Aufrechterhaltung der bestehenden Zölle, deren Befestigung das Interesse zahlreicher Consumen ten dringend erheischt, sondern von der allmählichen Herstellung des Gleichgewichts zwischen Production und Verbrauch zu erwarten. Ein etwaiges Eingehen auf die Petitionen mußte um so bedeutender erscheinen, als darin ein Verlassen der von den Bundesregierungen, wie von der Mehrheit des Reichstages in handelspolitischer Beziehung verfolgten Bahn erkannt werden konnte.“

Aus dem polnischen Reichslande sind allarmirende Gerüchte nach Petersburg gedrungen. Es soll sich zu Warschau in letzter Zeit wieder eine russenfeindliche Bewegung bemerkbar machen. An derselben seien namentlich die polnischen Eisenbahnbeamten stark theilhaftig; solche giebt es aber nicht nur in überwiegender Anzahl bei den Linien im ehemaligen Königreiche selbst, sondern sie sind auch bei dem Betriebspersonale der übrigen russischen Bahnen zahlreich vertreten. Die russische Regierung soll deshalb für den Mobilisirungsfall Befürchtungen wegen Störungen der Truppentransporte hegen und die Entfernung der Eisenbahnbeamten polnischer Nationalität, sowie jener österreichischer Unterthanen in's Auge gefaßt haben. Die Petersburger „Neue Zeit“, welche nach dem „Golos“ diese Gerüchte erwähnt, fügt hinzu, die Regierung habe aber von einer solchen radicalen Maßregel Abstand genommen, da dieselbe eine Desorganisation des ganzen Bahndienstes nach sich ziehen müßte. Es handelt sich nämlich dabei um nicht weniger als 12 000 Beamte! Allein auf der Riew-Brest-Linie befinden sich unter 4000 Bediensteten 2400 Katholiken. — Außerdem soll in einer Warschauer Kirche eine geheime Waffenniederlage entdeckt worden sein.

Tschernajeff wird den Schauspiel seiner Thaten verlassen. Er wird aus Serbien hinauscomplicirt. Vorgefien ist er in Belgrad angekommen und auf dem Landungsplatze von einem förmlichen Adjutanten sowie einer Abtheilung Leibwache empfangen worden. Wie das Wiener „Tageblatt“ erfährt, wird er sich demnächst nach Rußland zurückgeben. Er wird die Erfah-

runge gemacht haben, daß die Türken doch schwieriger zu besiegen sind, als ihre Verwandten am Kaspi- und Aralsee. Den „Königsmacher“ zu spielen mag für manche Naturen verlockend sein, aber es muß dies nach entscheidender siegreicher Schlacht und nicht after dinner nach einer Niederlage und während der Vorbereitung zu einer neuen geschähen, sonst wirkt es nur komisch. Man will den Abgang Tschernajeffs jetzt von slawischer Seite damit motiviren, daß derselbe nur nach Auslaß gehe, um dort die panlawistische Bewegung aufs Neue in Fluß zu bringen. Beim Reden hat er vielleicht mehr Erfolge als beim Handeln. Den Oberbefehl über die serbische Armee an Tschernajeffs Stelle soll nach obigem Wiener Blatte Oberst Horvathowski übernommen haben. Die serbische Armee hat Cantonnements bezogen.

Die Truppenbewegungen in Rußland haben seit Anfang dieser Woche erheblich nachgelassen, nicht etwa, wie die „N. fr. Pr.“ meldet, weil die russischen Märsche bereits beendet sind — jenseit ist die Organisation der russischen Armee noch nicht vorgeschritten, um in so kurzer Zeit fertig zu werden — sondern weil der Krieg nunmehr in weniger naher Aussicht steht. Im Stillen wird aber Alles vorbereitet, um nöthigenfalls in kurzer Zeit eine respectable Macht an den Pruth werfen zu können. An den größeren Stationen sind Küchen errichtet und Vorräthe angelegt worden, um 1000 Mann auf einmal befähigen zu können. Die Bahnen forciren sämtliche Verladungen, um auf jedesmalige Ordre frei zu sein. Auf vagen Gerüchten beruht wohl folgende Meldung aus Jassy, 6. November: In Kischeneff sollen die Großfürsten Konstantin und Michael eingetroffen sein und das Ober-Commando über vier bei Desza, Bender und Kischeneff concentrirte Armeecorps übernommen haben. Die letztere Stadt bilde gegenwärtig das Hauptquartier; baldigt dürfte dasselbe für zehn Tage nach der Moldau verlegt werden, und von da gehe es zur Besetzung der Donau-Grenzkpunkte bei Schumla, Rustschuk, Tultscha und Kalafat.

Ueber den englischen Vorschlag in Betreff einer Konferenz in Konstantinopel erfährt die „N. Z.“: Die Konferenz soll in Konstantinopel abgehalten werden. An derselben sollen alle Mächte mit Einschluß der Türkei theilnehmen und zwar soll jede Macht durch zwei Bevollmächtigte vertreten werden. Der Konferenz sollen folgende 3 Punkte als Grundlagen dienen: 1) Die Unabhängigkeit und Integrität der Türkei. 2) Die Erklärung aller Mächte, daß sie keine Gebietsvergrößerung suchen und ferner weder einen ausschließlichen Einfluß noch ein Zugeständniß in Handelsfachen in der Türkei anstreben werden. 3) Für die Pacification werden die von dem englischen Botschafter Elliot überreichten Vorschläge zu Grunde gelegt. Wie die „N. Z.“ hinzufügt, wisse man noch nicht, ob dieser Vorschlag der englischen Regierung von allen Mächten angenommen worden sei.

Bezüglich der Stellung der Pforte zu dem Konferenzvorschlag will der „Pester Lloyd“ wissen, daß die türkische Regierung das Verlangen ausgedrückt habe, daß den Mitgliedern der Konferenz die Ermächtigung zu bindenden Beschlüssen erteilt werde.

Die Türkei scheint jetzt durch Entfaltung ihrer maritimen Streitkräfte imponiren zu wollen. Sie will mit ihren Schiffen, dem kostspieligen Lieblingspielzeug des verstorbenen Abdul Azis, im Pontus demonstrieren. Der „N. fr. Pr.“ wird nämlich aus Konstantinopel telegraphisch gemeldet: S obari Pascha wird mit der unter seinem Befehl stehenden Flotten-Division in das Schwarze Meer eintauschen und die dortigen Häfen besuchen. Drei andere Flotten-Divisionen werden ausgerüstet.

Man muß für die verheerten Gebiete zwischen Donau und Balkan zum Winter und Frühjahr eine schreckliche Hungersnoth befürchten. Selbst die benachbarten Gebiete Oesterreich-Ungarns, in welche die slawische Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina geflohen, leiden schon jetzt darunter. Aus Ungarn wird von vorgestern telegraphirt, daß in zahlreichen Ortshäusern der obren Militär-Grenze der Hungertyphus ausgebrochen ist und verheerend wirkt.

Die Nachrichten aus den baskischen Provinzen Spaniens sind auf's Neue beunruhigend. Es gährt dort in bedenklicher Weise, und es sind sogar Anzeichen einer bevorstehenden Erhebung vorhanden. Dem von der spanischen Regierung nach Vizcaya gefandten Gouverneur stellte die dortige Junta das Ansuchen, einen Eid auf die Fueros zu leisten; derselbe weigerte sich natürlich und mußte daher unter dem Protest dieser Körperschaft von seinem Amte Besitz nehmen. Der Befehlshaber der Besatzungsarmee, General Duesada, ist nach Madrid beordert worden und bereits dort eingetroffen.

#### Deutschland.

N. Berlin, 8. Novbr. In der heutigen Sitzung der Reichsjustizcommission wurden die Beschlüsse des Bundesrathes zur Civilprozeßordnung, mit Ausnahme der auf die Handelsgerichte bezüglichen, berathen. Die Commission trat theilweise denselben bei, lehnte sie theilweise ab und nahm bei einigen Vermittlungsanträgen an. Unbedingte Annahme fanden die Beschlüsse zu den §§ 126a, 419 und 450, abgelehnt wurden die Beschlüsse zu den §§ 206 und 545 (obligatorische Mitwirkung der Staatsanwalt beim Verfahren in Civilsachen.) Bei § 205a wurde dem Wunsche des Bundesrathes gemäß die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Vergehen der Anwälte beibehalten, dagegen wegen Vergehen der Gerichtsvollzieher mit einer nicht erheblichen, vom Abg. Struckmann beantragten Modification beibehalten. Der § 349 wurde auf Antrag des Abg. Dr. Lasker dahin geändert, daß nur den Anwälten der Parteien das unmittelbare Fragerecht an die Parteien eingeräumt wird. In Betreff der vorläufigen Vollstreckbarkeit der Urtheile (§§ 601—603) wurde zwar der Antrag des Bundesrathes auf Herstellung der Vorlage abgelehnt, dagegen im Anschluß an den vom Justizminister Dr. Leonhardt eventuell vertretenen Standpunkt beschlossen, die Urtheile nicht bloß der Amtsgerichte, sondern sämtlicher Gerichte für vorläufig vollstreckbar zu erklären, wenn der Gegenstand der Verurtheilung ein Geld oder Gelbeswerth der Summe von 300 M. nicht übersteigt.

— Prinz Hermann Otto Christian zu Waldeck,

geb. 12. October 1809, preussischer General-Lieutenant à la suite, ein Oheim des regierenden Fürsten, ist gestorben.

Der Wirkl. Geh. Rath v. Dechend, Präsident des Reichsbank-Directoriums, feierte gestern ein Jubiläum. Es waren fünfundsiebenzig Jahre verfloßen, seitdem derselbe in die Verwaltung der damaligen Preussischen Bank eintrat. Von allen Seiten waren dem Jubilar Befundungen der Theilnahme und Glückwünsche zugegangen.

Es ist die Absicht der preussischen Regierung, dem nächsten Landtage eine Vorlage über die Unterbringung von Kindern unter 12 Jahren zu machen, welche ein Verbrechen begangen haben, nach dem jetzigen Gesetz aber ihrer Jugend wegen nicht bestraft werden können. Zu diesem Ende sind durch den Minister des Innern nicht nur alle Regierungen, sondern auch der Vorstand der rheinisch-westfälischen Gefängniß-Gesellschaft in Düsseldorf und der Vorstand des Vereins zur Fürsorge für entlassene Sträflinge in Göttingen aufgefunden worden.

Graetz, (Pr. Posten) 7. Novbr. Die Einführung des Probates Sukhmer aus Zirk (nicht aus Siernowo) ist nur in der Pfarrkirche erfolgt, die, nebenbei bemerkt, gutherrlichen nicht königlichen Patronates ist. Derselbe beabsichtigt, die Klosterkirche und die Kirche auf dem katholischen Kirchhofe nicht zu betreten, sondern dieselben den beiden Vikaren zur ungehinderten, weiteren Amtirung zu überlassen, so lange diese Ruhe und Frieden halten, und so ist denn auch in der ersten heutzutage Gottesdienst gehalten worden. Ob dieses Verhältnis dauernd fortbestehen wird, muß allerdings erst die Zukunft lehren. Die Thatsache, daß bei der Einführung die Thüren der Pfarrkirche nicht nur verschlossen, sondern auch von innen verriegelt waren, so daß erst eine derselben mit Gewalt erbrochen werden mußte, giebt allerdings wenig Hoffnung auf den Bestand eines friedlichen Verhältnisses. (P. Z.)

Schweiz. Bern, 3. November. Die Versammlung der Gesamtcommission der Gotthardbahn steht nächstens bevor, indem die Subcommission die einleitenden Arbeiten ziemlich beendet hat. So ist denn doch die Möglichkeit geboten, daß die internationale Konferenz noch im Laufe dieses Jahres stattfinden werde. Es bestätigt sich leider — schreibt man der „N. Z.“ — daß eine Minderheit der luzernischen Regierung beim Großen Rathe beantragen will, die nächste Subventionsquote nicht auszubezahlen. Sollte der Große Rath in diesem Sinne votiren, so würde dadurch für die übrigen Subventionen ein bedenkliches und verhängnisvolles Präjudiz geschaffen. Die Regierungen von Zürich und Bern haben einstimmig beschlossen, es sei der gesetzgebenden Versammlung die Ausbezahlung der Subventionsquote zu empfehlen. — Der Notenumlauf der schweizerischen Emissionen belief sich am 28. October auf 69 194 000 Frs. Der zur Deduction vorhandene Baarvorrath in Gold und Silber betrug auf diesen Zeitpunkt 32 608 000 Frs. — Aus dem Canton Tessin sind bis heute Abend keine weiteren beunruhigenden Nachrichten eingetroffen.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 7. November. Bei der im confessionellen Ausschusse des Abgeordnetenhauses stattgehabten Berathung der Regierungsvorlage über die Dotation der katholischen Seelsorger wurde von dem Cultusminister der Wunsch ausgedrückt, daß die Vorlage zur dringlichen Berathung gestellt werden möge, damit die Entscheidung noch vor der Budgetdebatte erfolge. In Folge einer Interpellation machte der Minister die Mittheilung, daß der Kaiser das Klostergesetz nicht sanctionirt, aber die Minister zur Einbringung eines neuen Klostergesetzes ermächtigt habe. — Wie die „Presse“ meldet, hat der Bankverein die Lombardirung der Secunde = Prioritäten der Albrechtsbahn im Betrage von 4 Millionen Fl. auf 4 Wochen prolongirt.

Zara, 7. November. Gestern hat eine Abtheilung Bajsch-Bozuls die Grenze überschritten und ein Haus in Brand gesteckt. Derselben wurden indeß durch lebhaftes Feuer wieder vertrieben. — Eine österreichische Karawane ist auf türkischem Gebiete von den Insurgenten angefallen und beraubt worden, wobei ein Dalmatiner erschossen wurde. (W. Z.)

Frankreich. Versailles, 7. Nov. Der Senat fuhr heute in der Berathung des Militärverwaltungs-Gesetzes fort. Im Laufe der Debatte erklärte der Kriegsminister, daß er mit der Unterordnung der Intendantur und des Verwaltungsdienstes unter das Obercommando einverstanden sei. Die Discussion wird Donnerstag fortgesetzt werden. — In der Finanz-Commission des Senates wurde seitens des Ministeriums, unter Anerkennung des gleichmäßigen Budgetrechtes der beiden parlamentarischen Vertretungskörper, die Wiederherstellung verschiedener von der Deputirtenkammer im Budget des öffentlichen Unterrichts gestrichener Positionen beantragt, insbesondere des Postens für die theologische Facultät in Rouen. — Die Deputirtenkammer setzte in ihrer heutigen Sitzung die Berathung über das Marinebudget fort, wobei die Reduction der Gehälter für die Marine-Almoseniere beschlossen wurde. (W. Z.)

Italien. Rom, 8. November. Das Ergebnis der Wahlen stellt sich jetzt folgendermaßen: Definitiv gewählt sind 269 Kandidaten der Fortschrittspartei und 56 Kandidaten der gemäßigten Partei. Eine engere Wahl findet in ungefähr 165 Wahlkollegien statt. In 120 derselben hat die Fortschrittspartei, in den übrigen 45 die gemäßigte Partei die Majorität.

Rußland. Petersburg, 8. Novbr. Nach der neuesten Bilanz der Staatsbank betragen der Baarvorrath (Metallreserve und Fonds) 180 000 000 Rubel, die im Umlauf befindlichen Creditcheine 735 000 000 Rubel.

Griechenland. Athen, 7. Novbr. Der König und die königliche Familie sind heute hier wieder eingetroffen. (W. Z.)

Asien. Jedo, 6. Nov. Die japanischen Truppen und die japanische Flotte haben heute einen gemeinsamen Angriff auf die Aufständischen bei Hagni in

der Provinz Nagato unternommen und dieselben in die Flucht geschlagen. (W. Z.)

Ägypten. Kairo, 7. Novbr. In Folge der Aenderungen, welche in der Organisation des oberen Schatzrathes stattgefunden haben, reichte der Director desselben, Scialoja, seine Demission ein, welche der Khedive unter dem Ausdruck seines Bedauerns angenommen hat. (W. Z.)

Danzig, 9. November. [Die Ziemssen'schen Sinfonie-Concerte.] Wir möchten unsern Lesern gegenüber nicht in den Verdict gerathen, als hielten wir es für nothwendig, dem bekannten Kunstsinne unseres Publikums durch lange Befprechungen der Verdienstlichkeit eines künstlerischen Unternehmens zu Hilfe zu kommen, um denselben eine recht rege Theilnahme zuzuwenden. Deshalb beschränken wir uns auch vorläufig darauf, unsere Leser auf das Programm des ersten von Herrn C. Ziemssen für den 18. November, Abends 7 Uhr, im Apollo-Saale des Hotel du Nord vorbereiteten Concertes zu verweisen, welches in einer früheren Nummer dieses Blattes bereits veröffentlicht worden ist. Obwohl ein flüchtiger Blick auf dasselbe genügen wird, um sich von dem Werthe der gewählten Bienen zu überzeugen, so möchten wir doch noch als besonders anerkennenswerth hervorheben, daß Herr Ziemssen zwei Novitäten darin aufgenommen hat, die jedenfalls das allgemeinste Interesse in Anspruch nehmen dürften. Wir meinen in erster Linie den Trauermarsch aus der Götterdämmerung von R. Wagner. Es wird damit unserem Publikum die Gelegenheit geboten, sich selbst ein Urtheil über den Werth oder Unwerth eines Theiles wenigstens des so vielfach angegriffenen Werkes zu bilden. Saint-Saens, dessen sinfonische Dichtung „Phaeton“ die zweite Novität des Programms bildet, ist ein aufgehender Stern am musikalischen Himmel Frankreichs, der es sich zur besonderen Ehre rechnen muß, auf demselben Programm mit Schumann einem deutschen Publikum vorgeführt zu werden. Die für die drei späteren Concerte in Aussicht genommenen Nummern bürgen dafür, daß sich dieselben würdig an das erste anschließen werden.

\* Der Intendantur-Rath beim 1. Armeecorps Hr. Kilmel ist zum Intendanten des 7. (westfälischen) Armeecorps ernannt worden.

\* Der Zeughauptmann beim hiesigen Artillerie-Depot Hr. Brunner ist an das Artillerie-Depot in Berlin und der Zeughauptmann Hr. Brandt dortselbst an das hiesige Artillerie-Depot verlegt.

\* Auf die Beschwerde einer Commune über die Beigerung der Regierung, die Heranziehung von auswärtigen Unternehmern, welche in der Strafanstalt durch Strafgefangene in größerem Umfange Möbel, Schuhwaaren und Cigarren anfertigen ließen, zur Communalsteuer zu gestalten, hat der Minister des Innern die für alle Communen, in denen sich Strafanstalten befinden, interessante Entscheidung getroffen, daß die Unternehmer steuerpflichtig sind, auch wenn sie am Orte keine Verhältnisse haben.

\* Es sollen, wie wir in verschiedenen Berliner Blättern lesen, neuerdings im Verlehe wieder falsche Markstücke vorkommen, die außerordentlich gut nachgemacht sind und anscheinend schon längere Zeit unbeanstandet cursirt haben. Der Klang ist dem der echten Markstücke fast gleich; die Farbe war etwas grün, aber nicht so auffällig, um Verdacht zu erregen. In unterscheidend sind die Falsificate an dem zu leichten Gewicht (3 75 Gramm), welches nur drei Viertel des Gewichtes eines echten Markstücks beträgt und an der Biegbarkeit und Weichheit der bleibhaltigen Legirung. — Als ganz besonders gefährlich erscheint ferner eine Sorte falscher Fünfzigpfennigstücke, weil diese Falsificate dem Auge und dem Klange nach sehr schwer von den echten Stücken zu unterscheiden sind. Nur durch ihren weichen und fettigen Griff machen sich die abellos geprägten, mit der Jahreszahl 1875 und dem Münzzeichen „AA“ versehenen Fünfzigpfenniger verächtlich. Die Einförmigkeit am Rande ist anscheinend gleich beim Guss hergestellt und nur an der Stelle, an welcher das Gießloch der Form einsetzt, nachgearbeitet. Dies ist das augenfälligste Kennzeichen.

\* Dem früheren Generalsecretär des Hauptvereins Westph. Landwirthe Herrn Benno Martinus in Kahlhof ist der von der Koppelstiftung für die beste Arbeit „Ueber Aufzucht der Kälber“ angelegte Preis von 1500 M. zuerkannt worden. Diese Anerkennung des namentlich als Volkserzieher hochverdienten Mannes läßt es auf's Neue bedauern, daß der Landwirthschaft unserer Provinz keine fördernde Thätigkeit entgegen ist.

\* Für den Anfang nächsten Jahres dürfen wir einem Gastspiel der Frau Marie Niemann-Seebach entgegensehen, und zwar giebt sie dabei in einigen ihrer neuen Rollen, wie in der Goethe'schen „Stella“, in Hans Sachs' „Ein heiß Eisen“, aufzutreten.

\* Das auf der Reise von Leith nach Danzig mit Kohlenladung begriffene hiesige Dampfschiff „Alexander“, Capitän C. Panten, hat unterwegs einen Leck erlitten und deshalb in den Hafen von Grimsby einlaufen müssen. Das hiesige Dampfschiff „Agnes Lind“, Capitän Geiland, gerieth bei Blackwall mit einem anderen Schiffe in Collision und erlitt ebenfalls verschiedene Beschädigungen.

\* In den nächsten Tagen werden die spanischen Glöcknervirtuosen, Geschwister Spira, welche sich auf dem Wege von Rußland nach Hamburg befinden, hier concertiren. Die jungen Künstler, vier Knaben und ein Mädchen, in dem Alter von 4 1/2 bis 14 Jahren, musiciren mit metallenen Handglocken unter Begleitung eines Harmoniums und haben sich durch die außerordentliche Präcision ihrer Vorträge überall, wo sie geführt sind, lebhaft Anerkennung erworben.

\* Der berühmte Verbrecher Samradt, welcher nach seiner Flucht aus dem Gefängnisse zu Wolfenbüttel früher hier wiederholt ergriffen wurde, nach seiner Verurtheilung zu langjährigen Zuchthausstrafen in Braunsberg und Bromberg aber wieder entkam, ist neuerdings abermals in Stettin festgenommen.

\* Eine augenscheinlich recht gewandte Marktdiebin wurde gestern auf dem Holzmarkt gefangen, als sie dem dort mit Fleischwaaren ausstehenden Fleischermeister Sorge aus Ohra eben ein Stück Braten von ca. 10 Pfd., das ihren Appetit lebhaft gereizt haben mag, so zu sagen unter den Händen fortgeschoben hatte. Als man sie ergriff, war das Fleisch bereits von ihr mit großem Geschick in andere Hände gespielt worden.

\* Der Director des Schullehrer-Seminars in Köslin Franz Schult ist zum Regierungsschulrath bei der Regierung in Stettin ernannt worden.

\* Dem Kanzleirath Jonas zu Stallupönen ist der Rote Altordeben 4. Klasse, dem Kreisgerichts-Director Dieckhoff in Gumbinnen der Charakter als Geheimer Justiz-Rath, sowie dem Regierungs-Hauptfassen-Buchhalter Boehme zu Königsberg der Charakter als Rechnungsrath verliehen worden.

\* [Polizeibericht.] Verhaftet: die Arbeiterfran S. wegen Diebstahl; der Arbeiter G. wegen grober Ungebühr. Geflohen: dem Tischlergesellen P. durch die unverschiebte W. ein blauer Anzug; dem Arbeiter H. durch den Schneidergesellen J. ein Paar Stiefel; der Wittwe







# Dem Ausverkauf

habe ich weitere große Partien  
reinwollener und halbwollener Kleider-Stoffe,  
schwarzer und couleurer Seidenzeuge

zu außergewöhnlich billigen Preisen hinzugefügt.

## Adolph Lotzin,

Manufactur- und Seiden-Waaren-Handlung, Langgasse No. 76.

(3379)

In drei Wochen erscheint und wird fort  
fort den Abnehmern der ersten Bände zu-  
gesandt:

### Die Ahnen

von

Gustav Freytag.

Bd. IV Marcus König.

L. Saunier's Buchhandlung,  
(A. Scheinert) in Danzig. (4223)

In 3 Wochen erscheint:

Gustav Freytag's Ahnen

Bd. IV.

„Marcus König“.

Bestellungen hierauf erbitte ich.

F. A. Weber,

Buch-, Kunst- u. Musikalien-Handlung,  
Langgasse 78. (4225)

### Auction.

Die auf den 10. November 1876, Nach-  
mittags 3 Uhr, auf der Klappertiefe anbe-  
raunte öffentliche Auction mit  
230 Stück eich. gekrauteten Planen  
W. und WW.  
wird hierdurch aufgehoben.

Ehrlich.

Am Dienstag, den 14. November cr.,  
von 9 Uhr Morgens ab, sollen in  
Leba, im Speicher des Unterzeichneten, die  
von dem gestrandeten ca. 80 Tassen großen  
dänischen Schoonerbrigg-Schiffes „Ealdur“  
geborgenen, wenigen

Schiffs-Inventarien-Stücke,  
worunter 2 Festmacherketten, Tauwerk,  
1 Egel, 1 Schiffsschot etc., öffentlich u.  
meistbietend, gegen sofort baare Zahlung  
verkauft werden.

Julius Zuchors.

Ich bin von 10 Uhr Morgens  
bis 6 Uhr Abends zu sprechen.  
Zahnarzt Wolffsohn.

Während meiner Abwesenheit wer-  
den die Herren DDr. Piwko,  
Gotthilf, Althaus, Klotz und  
Briesewitz die Güte haben, mich  
zu vertreten.  
Dr. Schulz.

### Avis!

Der Laden des Kaufmanns  
Julius Tetzlaff, hier, Gun-  
dengasse 98, wird morgen  
Freitag, den 10. Novbr. cr.,  
wieder eröffnet und das Geschäft  
unter Aufsicht des Gerichts für Ver-  
waltung der Concursmasse in gewohnter  
Weise fortgeführt, indessen nur  
gegen baare Zahlung verkauft.  
Dieses den geehrten Kunden des  
Herrn Tetzlaff und dem Publikum  
zur Nachricht und geneigten Be-  
achtung.  
Rudolph Hasse,  
Conc.-Verwalter.

### Julius Tetzlaff'sche Concursmasse.

Die Gläubiger der Julius Tetz-  
laff'schen Concursmasse, resp. deren  
Vertreter, werden zu einer Be-  
sprechung am  
Freitag, den 10. d. M.,  
präcise 7 Uhr Abends,  
in den oberen Lokalitäten des  
Restaurant Bürger, Gundengasse 85,  
hierdurch eingeladen. (4219)

Rudolph Hasse,  
Conc.-Verwalter.

### Stempelfarben

in allen Mäßen, ganz ohne Del,  
empfiehlt  
Hermann Lietzau,  
Drogen-Handlung,  
Holzmarkt 1.

### Regulir-Füll-Defen

mit Seiten-Füllung, neuestes System, so-  
wie Pott-Saarlou's- und Quindöfen in  
allen Größen empfiehlt um damit zu  
räumen zu sehr billigen Preisen (4150)

Eduard Husen jun.

Hiesigen sauren Kunst-  
vorzüglich schön, empfiehlt  
Arnold Nahgel, Schmied-  
gasse 21. (4045)

## Sinfonie-Concert.

(Dirigent: Capellmeister Raessler.)

Sonnabend, den 18. November c., Abends 7 Uhr,  
im Apollo-Saale des Hôtel du Nord.

Beethoven, Overture zu Coriolan.  
Wagner, Trauermarsch aus dem Musikdrama: Götterdämmerung (zum  
ersten Male).  
Saint-Saëns, Phaëton, Symphon. Dichtung (zum ersten Male).

Gesang.  
Schumann, Symphonie No. 4 op. 120 D-moll.

Preise für 4 Concerte: numerirt, Saal: 10 Mk., Balkon 9 Mk., gute aber  
unnumerirte Sitzplätze für Saal und Balkon für 4 Concerte 8 Mk.  
Es werden auch Abonnements auf je 2 Concerte  
angenommen.

In das bereits angezeigte Gesamtprogramm für die 4 Concerte habe ich noch  
angenommen:

Clavierconcert, C-moll, op. 37 von Beethoven mit Orchester  
(Clavier Herr Bergell), sowie  
Lobgesang, Symphonie-Cantate, op. 52, von Mendelssohn für  
Chor, Soli und Orchester.

Constantin Ziemssen,

Langgasse No. 77.

## Dramatische Vorlesungen des Königl. Hoftheaters Hr. Gustav Müller

von Wiesbaden

im Saale des Gewerbehauses, Abends 7 Uhr.  
Freitag, den 10. November: Nathan der Weise von Lessing.  
Sonntag, den 12. November: Die Braut von Messina von Schiller.  
Eintrittskarten sind in der Buchhandl. von Th. Bertling, Berggasse 2, zu haben:  
ein numerirter Sitzplatz zu einem Vortrag 1 1/2 M.,  
ein unnumerirter Sitzplatz resp. Stehplatz zu einem Vortrag 1 M.,  
Schülerbillets a 50 P.

Außerdem werden Familienbillets (numerirte Sitzplätze) zu einem Vortrag  
für 3 Personen günstig, für 3 M. 75 P. und zu unnumerirten Sitzplätzen für  
2 M. 25 P. abgegeben. (4209)

## J. Koenenkamp's Ausverkauf

Langgasse No. 15,

hochelegante Cigarrentaschen, Portemonnaies,

für ältere Herren:

weiße Binden von 25 Pf. bis 50 Pf.,

sehr feine Regenschirme in Seide und Zanella,

für Damen:

eine kleine Partie sehr fein gewebter schwarzer Strümpfe,

Sämtliche Stickereien sehr billig.

Cigarrentaschen, Rauchtische, Stiefelknechte,

Alabaster-Gestelle sehr billig.

Alle Cigarrentaschen 25 Pfg.

1. Damm 18. Nur 1. Damm 18.

noch kurze Zeit dauert der

## Gr. Ausverkauf

des zur A. Rosenberg'schen Concursmasse  
gehörigen Waarenlagers

von Herren-Garderoben, Tuchen, Buckskins, Winter-  
Stoffen etc. streng zu gerichtlichen Tagespreisen.

Das geehrte Publikum wird auf den Verkauf besonders aufmerksam gemacht  
und dürfte sich eine so günstige Gelegenheit zum Einkauf von Herren-Gar-  
deroben, sowie Stoffen, nie wieder darbieten.

Der Vorwalter.

## Schleuniger Ausverkauf.

Ein hochgeehrtes Publikum mache auf den großen Ausverkauf des  
Pelz- und Rauchwaaren-Geschäfts,  
Kortemacherstraße No. 7, gegenüber der Goldschmiedegasse, aufmerksam.  
Alle möglichen Pelzwaaren, sowie ganze Felle, empfehle zu horrend billigen  
Preisen, und ersuche ein hochgeehrtes Publikum sich durch gefällige Einkäufe  
von der Güte und Billigkeit meiner Waaren selbst zu überzeugen.  
Hochachtungsvoll

Der Verwalter.

## Auction.

Freitag, den 10. November 1876, Vormitt. 10 Uhr,

Auction im Unterraum des „Grandes“-Speichers mit

1550 Tonnen Portland-Cement.

Ehrlich.

## Kleider-Garderobe,

elegant und billig, zu Voller-Abenden und  
Aufsührungen, sowie Perrücken, Hüte, Chig-  
uns und Foden empfiehlt billigst  
Louis Willdorff, Biegeengasse  
No. 5.

## Wollene und baumwollene Unterjacken, Hosen,

Soden und Camisols,

wollene u. seidene Ueberbindtücher, Shawls,  
alle Sorten Schürze für Herren, Winter-  
handschuhe u. Schuhe, empfiehlt in guter  
Waare äußerst billig  
Louis Willdorff, Biegeengasse 5.

Damen- und Kinder-Kleider  
werden sauber, billig und nach den neuesten  
Fasens angefertigt Dreieckgasse 16, 2 Tr.

## Ein Ponghengst

mit Geschirr zu verkaufen in Tempelburg,  
Ein gut erhaltener

## Schuppenpelz,

ist billig zu verkaufen Heil. Geistgasse 34.  
Eine Dame wünscht noch einige Stunden  
im Quatrainenspiel zu belegen.  
Adressen werden unter No. 4163 in der  
Exp. dieser Ztg. erbeten.

Eine erfahrene evang. Erzieherin, musi-  
kalisch, mit soliden Ansprüchen, wird  
von Neujahr gesucht.  
Näheres unter No. 4179 in der Exp.  
dieser Zeitung.

Für meine Apotheke suche zu bald unter  
günstigen Bedingungen einen

## Lehrling.

Königliche Apotheke, Heiligegeistgasse.  
A. Rehefeld.

## Täglich

Holsteiner Auster,

Frische Hummer,

Französl. Boullarden

zu billigen Preisen, einzelne Schil-  
feln jeder Art außer dem Hause.  
NB. Alle Sonntage Fricassée  
von Huhn, Berliner Art.  
Eugene Dony,  
Traiteur im Rathweinteller.

Vorzügl. Bodenbacher,  
Nürnberger u. Erlanger  
Lagerbier empfiehlt

J. Jacobson, Langgasse  
No. 113.

Bestellungen werden außer in der  
Hauptniederlage Langgasse No. 113 auch  
bei den Herren S. a. Porta, Conditior,  
Langenmarkt No. 8, J. Jacobson, Cigar-  
renhandlung, Langgasse No. 73 entgegen-  
genommen. (4204)

## Frische Holsteiner Auster

empfehlen

Bernhard Fuchs,

Breddehängegasse 40. (4222)

## Danziger Schillerstiftung.

Zu der Freitag, den 10. Novbr. c.,  
Abends 6 Uhr, im Gewerbehaus statt-  
findenden  
Generalversammlung  
(Jahresbericht, Rechnungslegung, Neuwahl  
des Vorstandes) ladet die Mitglieder der  
hiesigen Schiller-Stiftung erge-  
benst ein (4081)

Der Vorstand.

## Kaufmännischer Verein.

Sonnabend, den 11. November,  
im großen Saale des Schützenhauses  
Stiftungsfest

unter Beihilfe von Damen.  
Musikalisch-declamatorische Unter-  
haltung, Abendeffen, Tanz.  
Anfang 8 Uhr.

Eintrittskarten (nebst Coupon für das  
Couvert)

für Mitglieder a M. 2.50,  
für einzuführende Gäste: Damen  
a 2 M., Herren a M. 3

sind bis Freitag, den 10. d., Vormittags,  
zu entnehmen bei den Herren:  
Arndt, Gundengasse 105,  
Hildebrandt, Döpfengasse 104,  
Kraemer, Langgasse 62 und  
Larsh, Breitengasse 51/52. (3842)

Der Vorstand.

Ein großer Reifschuh ist zu verkaufen  
Reitbahn 5, 1 Tr. (4189)

Ein elegant möblierter Vorderzimmer  
nebst Kabinet zu verm. Schwarzes  
Meer 22e, eine Tr., links.

## Gartenbau-Verein.

Montag, den 13. d. Mts., Abends 7 Uhr,  
Monats-Versammlung im Vocal d. r., Natur-  
forschenden Gesellschaft (Frauengasse).

Tagesordnung:

1. Mitglieder-Aufnahme.
2. Mittheilungen über Hamburger und  
Berliner Gärten. (Herr A. Venz)
3. Vortrag des Herrn Franz Katsch über  
Blüthenfrüher.

Der Vorstand.

## Seefischer- Verein.

Sonnabend, den 11. d. M.,  
Nachmittags 2 1/2 Uhr:

## Versammlung.

Hall's Restaurant,

Altstadt, Graben No. 103,

nahe dem Holzmarkt,  
empfiehlt seine Lokalitäten bei neuer  
Damenbedienung der gefälligen Beachtung.  
Witt'sches Lagerbier vom Faß.

## Stadt-Theater.

Freitag, den 10. November. (3. Ab. No. 8.)  
Einiges Gastspiel des königlichen Hof-  
opernfängers Hr. Braun v. Stuttgart.  
Gibetto. Große Oper in 3 Acten von  
Beethoven. Florestan: Hr. Braun.  
Sonnabend, den 11. Nov. (Abonnem. susp.)  
(zu halben Preisen.) Die Jung-  
frau von Orléans. Tragödie in 5  
Acten von Schiller.

Operntexte leihw. 10 Pf.

4197) Alex. Goll, Gr. Bergegasse 10.  
Fidelio-Textbücher a 25 P. vorräthig  
bei Herrn. Lau, Langgasse 74.

## Selonke's Theater.

Freitag, den 10. November: Gastspiel  
der Gesellschaft Blondin und Fraas.  
H. A. Greichen's Polterabend. Origin.  
Festspiel in 5 Acten.

Mittwoch, den 15. November:

## Erstes Sinfonie-Concert

von den vereinigten Musikcorps der  
Garnison Danzigs.  
Program: Nibel-Duv. von E. M. von  
Weber. C-moll-Sinfonie von L. v. Beetho-  
ven. Duv. Wilhelm Tell v. Rossini.  
Finale aus Rienzi von Wagner. Zusamen-  
ritt von Spindler.

## Selonke's Theater-Saal.

Sonnabend, den 11. November c.,  
Abends 7 Uhr, zu Schillerfeier: Öffent-  
liche Fest-Vorstellung, veranstaltet vom  
Allgemeinen Bildungs-Verein.

Der Reinertrag ist zur Anschaffung von  
Mobiliën für unsern neuen Vereinshaus-  
Saal bestimmt und deshalb bitten wir un-  
sere Mitglieder, wie die Freunde und  
Gönner unseres Vereins um zahlreichen  
Besuch. — Das gewählte Programm ist  
der Bedeutung des Tages angemessen und  
wird u. a. die Liebertafel: „Die auf Schiller“,  
Geb. von Dr. Zug, Schiller's „Lieb an die  
Freunde“ mit Orchesterbegleitung vortragen.  
Schiller's „Bürgschaft“ wird beklammert und  
durch eine Reihe lebender Bilder illustriert  
werden. Ferner: Concert, Turnertableau,  
Theater, Tänz und großes Schlußtableau:  
Apotheose Schiller's etc. — Nach der Ver-  
schießung Ballkränzen gegen Extrabeitrag.  
— Entree für Saal 50 P., numer. Sitzplatz  
75 P., Loge 75 P., Königsloge 60 P., Freie-  
denloge 1 M. pro Billet. Ganze Loge 6 M.,  
ganze Freudenloge 9 M., II. Rang-Loge  
3 M. Billette für numerirte Sige und  
Königsloge sind im Theaterlokal und bei  
Herrn Gressenberger, für Logen I u. II.  
Rang bei Herrn Barnoth, Heiligegeistg.  
40a, für Saalplätze bei den Herren E.  
Jansen, 2. Damm 11, u. Moritz, Wierberg-  
14, sowie Billets für sämtliche Plätze am  
Theaterabend an der Kasse zu haben.

Der Vorstand des Allgemeinen  
Bildungsvereins. (4202)

M. B. 73. Vorwurf trifft mich g. unbegr.  
Bitte an erster Stelle Freitag 11 Uhr.

Schleswig-Holstein-Lotterie, noch  
einige Loose zur 1. Klasse  
(Ziehung am 15. November cr.), a 75 P.,  
Königsb. Erzieh.-Lott. a 3 M.,  
Kölner Domänen-Lotterie, a 3 M., bei  
Theodor Bertling, Bergegasse 2.

Verantwortlicher Redacteur: G. Ködner.  
Druck und Verlag von A. W. Kafemann  
Danzig.